

PRESSEMITTEILUNG #302 – 24. Januar 2022

Birte Pauls und Dr. Heiner Dunckel:

Lässt die Landesregierung Menschen mit palliativmedizinischer Versorgung in Flensburg im Stich?

Eine Kleine Anfrage (Drs. 19/3401) der beiden SPD-Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Heiner Dunckel und Birte Pauls hat ergeben, dass das Katharinen-Hospiz in Flensburg in seiner derzeitigen Form keine Perspektive mehr hat.

Dazu erklärt der örtliche Abgeordnete aus Flensburg, Dr. Heiner Dunckel:

„Mit dem Neubau des Malteser-Diako-Klinikums am Peelwatt soll das Katharinen-Hospiz als Fachkrankenhaus für Palliativmedizin aufgegeben werden. Was bleiben könnte ist das Katharinen-Hospiz als reines Hospiz mit 12 Betten. Aber selbst dieses ist zurzeit nicht sicher, denn das in die Jahre gekommene Gebäude des Katharinen-Hospizes weist einen dringenden Sanierungsbedarf auf und ist nicht mehr auf dem Stand einer modernen Einrichtung. Für den erforderlichen Neubau sind ca. 5 Millionen Euro erforderlich. Etwa die Hälfte dieser Summe ist schon durch das Engagement der Träger, erhebliche Spendengelder und Mittel der Stadt zusammengekommen, es fehlen aber immer noch 2,5 Millionen Euro, die vom Land benötigt werden.

Wenn nicht schnell eine Lösung kommt, dann kann es schon im kommenden Jahr passieren, dass das Katharinen-Hospiz schließen muss. Dann stehen wir für die Jahre bis zur Fertigstellung des Krankenhaus-Neubaus ohne Palliativmedizin und ohne Hospizversorgung da.“

Birte Pauls, die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt:

„Die Landesregierung agiert an Beschlüssen des Landtages vorbei. So hat die Küstenkoalition 2016 eine wohnortnahe Versorgung mit Hospizbetten und palliativer Versorgung beschlossen, die jetzige Landesregierung hatte zugesagt diesen Weg fortzusetzen. Die Häuser in Schleswig und Niebüll wären schnell überlastet, wenn es kein Angebot mehr in Flensburg geben würde. Wir wollen nicht, dass ein Hospiz eine höhere Förderung bekommt als ein anderes Hospiz. Aber wir verlangen, dass die Landesregierung die Palliativversorgung bis zur Fertigstellung des neuen Krankenhauses in Flensburg sicherstellt. Dazu braucht es jetzt eine Übergangslösung für Flensburg. Es kann nicht sein, dass eine Stadt wie Flensburg ohne Palliativbetten dasteht. Wie schnell die Landesregierung entscheiden könnte, zeigt sich gerade am Beispiel der Inlandkliniken. Im nächsten Sozialausschuss beantragen wir erneut einen Bericht zum aktuellen Sachstand.“